

**Wahlprogramm des Bündnis Sahra Wagenknecht – Vernunft und Gerechtigkeit (BSW)
zur Kommunalwahl am 14. September 2025 für die Stadt Aachen**

Aachen ist ein Zentrum des Lebens, der Wirtschaft, der Wissenschaften und der Kultur in Nordrhein-Westfalen. Das Bündnis Sahra Wagenknecht - Vernunft und Gerechtigkeit (BSW) tritt in Aachen an, um eine Politik zu etablieren, die auf wirtschaftlicher Vernunft, sozialer Gerechtigkeit, Frieden und Freiheit basiert.

Wir wollen eine Stadt, in der die Bedürfnisse der Menschen im Mittelpunkt stehen, nicht die Interessen von Konzernen oder kurzfristige politische Moden. Wir stehen für eine starke städtische Gemeinschaft, in der Solidarität gelebt wird, öffentliche Dienstleistungen funktionieren und alle Bürgerinnen und Bürger, unabhängig von ihrer Herkunft oder ihrem Geldbeutel, die Chance auf ein gutes und sicheres Leben haben.

Unsere Kernforderungen:

1. Städtische Finanzen: Handlungsfähigkeit zurückgewinnen, gerecht investieren

Hohe Sozialausgaben, Sanierungsstau bei Infrastruktur und Gebäuden sowie erhebliche Altschulden engen den Handlungsspielraum dramatisch ein. Die Abhängigkeit von schwankenden Gewerbesteuerereinnahmen und unzureichenden Zuweisungen von Bund und Land verschärft die Situation.

Das BSW fordert eine grundlegende Reform der Finanzbeziehungen, die die besonderen Belastungen der Kommunen berücksichtigt und ihnen eine verlässliche und auskömmliche Finanzierung garantiert. Eine faire und nachhaltige Lösung für das Altschuldenproblem ist überfällig und muss von Bund und Land getragen werden. Das Prinzip der Konnexität muss auch hier gelten, insbesondere wenn von übergeordneten Stellen nicht ausreichend finanzierte Aufgaben gefordert werden.

Wir stehen für eine solide und transparente Haushaltspolitik in unserer Stadt. Priorität haben Investitionen in soziale Gerechtigkeit, Bildung, öffentliche Infrastruktur und Umweltschutz. Privatisierungen städtischen Eigentums oder öffentlicher Dienstleistungen lehnen wir ab, da sie oft zu Lasten der Bürger und der Qualität gehen. Lokale Steuern, insbesondere die Grund- und Gewerbesteuer, müssen sozial ausgewogen gestaltet sein und dürfen kleine und mittlere Einkommen sowie den lokalen Mittelstand nicht überfordern. Wir fordern eine gerechtere Verteilung der Finanzmittel von Bund und Land und werden uns aktiv für die Altschuldenhilfe stark machen. Kommunale Unternehmen (z.B. ASEAG, STAWAG, GEWOGE) sollen in öffentlicher Hand bleiben und ihre Gewinne dem Gemeinwohl dienen.

Unsere Kernforderungen im Bereich Finanzen:

- Faire Finanzierung: Auskömmliche und verlässliche Finanzausstattung durch Bund/Land, Berücksichtigung kommunaler Lasten.

- Altschuldenlösung: Umfassende Entlastung der Stadt und der Städtereion von Altschulden.
- Solide Haushaltspolitik: Verantwortungsvoller Umgang mit Steuergeldern, Priorität für soziale und infrastrukturelle Investitionen.
- Keine Privatisierung: Städtisches Eigentum und öffentliche Dienstleistungen in öffentlicher Hand behalten.
- Gerechte lokale Steuern: Sozial ausgewogene Grund- und Gewerbesteuerpolitik.
- Konnexität einhalten: Keine Übernahme nicht voll finanzierter Aufgaben von Bund und Land, insbesondere bei nicht-zivilen Anforderungen.

2. Wirtschaft und Arbeit: Kommunale Standorte stärken, gute Arbeit sichern, Kioske erhalten

Aachen ist ein wichtiger Wirtschaftsstandort. Neben großen Unternehmen prägen vielfältige kleine und mittlere Betriebe, Handwerk, Handel und Dienstleistungen das Bild.

Auch die Kioske spielen bei der Versorgung für unsere Bürgerinnen und Bürger eine wichtige Rolle: Außerhalb der Ladenöffnungszeiten schließen sie wichtige Versorgungslücken, sind kommunikativer Anlaufpunkt für die Menschen aus dem Viertel und eine Belebung der Stadtteilkultur. Die von der Stadt Aachen durchgedrückten Sonntagsschließungen lehnen wir ab! Die Stadt ist gefordert, beim Land NRW auf eine Änderung und Klarstellung der Gesetzeslage zu drängen und bis dahin ihre Spielräume für ein Offenhalten auch an Sonntagen zu nutzen. Wer der Kioske sonntags schließt, entreißt ihnen ihre wirtschaftliche Existenzgrundlage und betreibt so ihren Niedergang.

Aachen muss seine erhebliche Marktmacht bei der Vergabe öffentlicher Aufträge nutzen, um soziale und ökologische Standards durchzusetzen. Unternehmen der Rüstungsindustrie dürfen keine kommunale Wirtschaftsförderung erhalten und sollen bei Vergaben nicht bevorzugt werden. Wir unterstützen die Gründung von Genossenschaften und gemeinwohlorientierten Unternehmen.

Unsere Kernforderungen im Bereich Wirtschaft und Arbeit:

- Vielfältige Wirtschaft: Mittelstand, Handwerk, innovative Branchen und soziale Ökonomie fördern.
- Gute Arbeit für alle: Tarifbindung und faire Arbeitsbedingungen fördern, auch durch öffentliche Auftragsvergabe.
- Kommunale Unternehmen stärken: STAWAG, ASEAG etc. in öffentlicher Hand halten und als gute Arbeitgeber positionieren.
- Qualitative Standortentwicklung: Gewerbeflächen bedarfsgerecht und umweltverträglich entwickeln, keine Ansiedlung um jeden Preis.
- Keine Wirtschaftsförderung für Rüstungsunternehmen.
- Innovation und Fachkräfte: Zusammenarbeit Wirtschaft/Wissenschaft fördern, berufliche Bildung stärken.
- Kioske erhalten, Sonntagsöffnung ermöglichen.

3. Soziales, Jugend und Gesundheit: Das BSW tritt für eine starke, solidarische Stadtgemeinschaft ein, in der niemand übersehen wird

Die soziale Daseinsvorsorge muss öffentlich organisiert und auskömmlich finanziert sein. In Aachen werden wir uns dafür einsetzen, die sozialen Dienste bedarfsgerecht auszubauen und für kurze Wege und schnelle Hilfe zu sorgen. Die Zusammenarbeit zwischen dem städteregionalen Gesundheitsamt, niedergelassenen Ärzten und Kliniken muss verbessert werden.

Wir fördern den Ausbau von Angeboten der Altenhilfe, von der ambulanten Pflege bis zu vielfältigen Wohnformen. Die Jugendhilfe muss präventiv arbeiten und Kinder und Jugendliche wirksam schützen. Wir bekämpfen Armut durch soziale Programme und setzen uns für faire Bedingungen am Arbeitsmarkt ein. Die vollständige Barrierefreiheit im öffentlichen Raum und in städtischen Gebäuden ist unser Ziel. Auch die vielen Baustellen im Stadtgebiet müssen barrierearm ausgestaltet werden.

Wir fordern eine kritische Überprüfung der von der Stadt ergriffenen Coronamaßnahmen. Für das BSW ist die Aufarbeitung der Corona-Zeit von herausragender Bedeutung. Aachen hat wie alle Kommunen sehr unter den Einschränkungen der überzogenen Coronamaßnahmen leiden müssen. Schülerinnen und Schüler wurden in die Isolation verbannt - mit weitreichenden Folgen für deren psychische Gesundheit bis heute. Gastronomie und andere Gewerbe mussten harte wirtschaftliche Einschnitte verkraften, insgesamt war die Lebensqualität für alle sehr eingeschränkt, z.B. durch Ausgangssperren. Statt auf die Eigenverantwortung der Bürger zu setzen, wurden wir alle zu Tests und Impfungen genötigt, ohne die zu wichtigen Bereichen des öffentlichen Lebens keinen Zugang mehr möglich war. Maßnahmenkritiker wurden von kommunalen Würdenträgern beschimpft und stigmatisiert. Wir fordern eine kommunale Bestandsaufnahme der Maßnahmenfolgen insbesondere für Kinder, Gastronomie und Gewerbe und eine Untersuchung darüber, welche Maßnahmen wirklich erforderlich gewesen sind.

Unsere Kernforderungen im Bereich Soziales, Jugend und Gesundheit:

- Starke soziale Infrastruktur: Ausreichend Personal und Mittel für Jugendamt und soziale Dienste.
- Unterstützung für alle Lebenslagen: Bedarfsgerechte Angebote für Familien, Senioren, Menschen mit Behinderung.
- Armut bekämpfen: Soziale Programme, Zugang zu Arbeit und Bildung fördern.
- Barrierefreie Stadt: Konsequente Umsetzung der Barrierefreiheit.
- Kritische Aufarbeitung der Corona-Maßnahmen.

4. Bildung und Schule: Beste Chancen in einer vielfältigen Stadt

Die Stadt Aachen ist Träger eines breiten Spektrums an Bildungseinrichtungen, von Kitas über alle Schulformen, unserer Volkshochschule und der Stadtbibliothek. Die Stadt trägt die Verantwortung für die Gebäude, die Ausstattung und die Schulentwicklungsplanung in unseren sozial und kulturell vielfältigen Stadtgesellschaft.

Das BSW will in Bildung investieren, um allen Kindern und Jugendlichen beste Zukunftschancen zu ermöglichen, unabhängig vom Stadtteil oder der sozialen Herkunft. Wir fordern massive Investitionen in die Sanierung und Modernisierung und den bedarfsgerechten Ausbau unserer Schulen und Kitas. Wir setzen uns für ein kostenloses und gesundes Mittagessen in Kitas und Schulen als Pilotprojekt ein.

Das Schulangebot muss vielfältig sein und allen Begabungen gerecht werden. Eine überstürzte Digitalisierung sehen wir kritisch und die Einführung von Tablets in Grundschulen lehnen wir ab. Schulsozialarbeit, Schulpsychologie und multiprofessionelle Teams sind unverzichtbar und müssen ausgebaut werden.

Der Lehrer- und Erziehermangel muss auch durch attraktive Lebensbedingungen, z.B. durch ausreichenden Wohnraum oder Mobilitätsangebote in unserer Stadt bekämpft werden. In Aachen werden wir ein umfassendes Sanierungs- und Modernisierungsprogramm für Schulen und Kitas auflegen. Wir wollen ausreichend Kita- Plätze schaffen und die Gebührenfreiheit durchsetzen. Die Schulentwicklungsplanung muss soziale Segregation abbauen und für eine gute Verteilung hochwertiger Bildungsangebote in allen Stadtteilen sorgen.

Stadtbibliothek und Volkshochschule sollen als Orte des Lernens und der Begegnung gestärkt werden. Ob das „Haus der Neugier“ am geplanten Ort („Lust for Life“) und unter den gegebenen finanziellen Voraussetzungen diesem Anspruch gerecht werden kann, wollen wir prüfen.

Unsere Kernforderungen im Bereich Bildung und Schule:

- Massiv investieren: Umfassende Sanierung, Modernisierung und Ausbau von Schulen und Kitas.
- Chancengleichheit: Soziale Segregation abbauen, Schulen in benachteiligten Lagen besonders fördern.
- Vielfältiges Angebot: Stärkung aller Schulformen.
- Unterstützungssysteme ausbauen: Mehr Schulsozialarbeit, Schulpsychologie, multiprofessionelle Teams.
- Lebenslanges Lernen: Stadtbibliothek und Volkshochschule stärken.

5. Wohnen und Bauen: Die städtische Wohnungskrise bekämpfen

Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum in Aachen ist eine der drängendsten sozialen Fragen. Steigende Mieten, Verdrängung und Spekulation verschärfen die Situation. Als Planungs- und Genehmigungsbehörde hat die Stadt hier eine enorme Verantwortung und Gestaltungsmacht. Das BSW erklärt die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum zur obersten Priorität.

Wir wollen den sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau massiv ausweiten. Die städtischen Wohnungsbauaktivitäten müssen deutlich erhöht werden, insbesondere durch die Stärkung der GEWOGE. Dieser muss ausreichend Kapital und Flächen zur Verfügung stehen, um in großem Umfang bezahlbare Mietwohnungen zu bauen und langfristig zu sichern. Wir fordern die konsequente Anwendung und Verschärfung von Mietpreisregulierungen (Mietpreisbremse, ggf. städtischer Mietendeckel) und Maßnahmen

gegen Zweckentfremdung und Spekulation. Innenentwicklung, Verdichtung und die Umnutzung von Brachflächen haben absoluten Vorrang vor weiterer Flächenversiegelung am Stadtrand. Bauvorschriften müssen vereinfacht werden, um schneller und günstiger bauen zu können, insbesondere im sozialen Segment.

In Aachen wollen wir eine aktive Bodenpolitik betreiben, um Grundstücke für den sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau zu sichern (z.B. durch Vorkaufsrechte, Konzeptvergaben). Wir setzen uns für hohe Quoten für sozialen Wohnungsbau in allen neuen Bebauungsplänen ein. Die GEWOGE muss unser zentrales Instrument zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum sein. Wir wollen innovative Wohnformen wie Mehrgenerationenhäuser oder genossenschaftliches Wohnen fördern. Jede Stadtplanung muss von Anfang an soziale Infrastruktur, Grünflächen und gute Verkehrsanbindungen mitdenken.

Wir fordern, die kräftige Erhöhung der Hebesätze für die Grundsteuer B zurückzunehmen. Sie erhöht indirekt das Mietniveau und widerspricht dem Ziel, der Entwicklung ständig steigender Mieten entgegenzuwirken.

Unsere Kernforderungen im Bereich Wohnen und Bauen:

- Bezahlbaren Wohnraum schaffen: Priorität für sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau.
- GEWOGE stärken: Ausbau des kommunalen Wohnungsbestands. • Mieten effektiv regulieren: Mietpreisbremse durchsetzen, Mietendeckel prüfen, Spekulation bekämpfen.
- Grundsteuererhöhung zurücknehmen.
- Innenentwicklung konsequent umsetzen: Verdichtung, Baulücken schließen, Brachflächen nutzen.
- Soziale Quote festschreiben: Verbindlicher Anteil an Sozialwohnungen bei Neubauprojekten.
- Aktive Bodenpolitik: Grundstücke für gemeinwohlorientiertes Bauen sichern.
- Bauen vereinfachen: Verfahren beschleunigen, Vorschriften entschlacken (v.a. für sozialen Wohnungsbau).

6. Mobilität und städtische Infrastruktur: Die Stadt am Laufen halten - mit Vernunft!

Das BSW setzt auf eine Stärkung des Umweltverbunds – ÖPNV, Rad- und Fußverkehr. Wir wollen den ÖPNV massiv ausbauen, die Taktung verdichten, das Netz erweitern und die Tarife bezahlbar machen, langfristig streben wir einen fahrscheinlosen ÖPNV an. Der Radverkehr braucht ein Netz sicherer, breiter und durchgängiger Radwege. Der öffentliche Raum soll menschenfreundlicher gestaltet werden, mit mehr Platz für Fußgänger, mehr Grünflächen und weniger Dominanz des Autoverkehrs. Weniger Dominanz darf aber nicht Diskriminierung bedeuten. Wer auf das Auto angewiesen ist muss ebenfalls gut vorankommen können und ein klares Verkehrsbild vorfinden. Dass das geht zeigen uns unsere Nachbarn in den Niederlanden mit sehr guten Konzepten, die alle Verkehrsteilnehmer in den Blick nehmen.

Die städtische Infrastruktur (Straßen, Brücken, Kanäle) muss saniert und instandgehalten werden. Wir wollen Parkraummanagement nutzen, um den Umstieg zu erleichtern. Wir sind

der festen Überzeugung, dass der zweite Schritt nicht vor dem ersten gemacht werden darf. Autoverkehr in der Innenstadt von Aachen durch chaotische Verkehrsführungen zu erschweren, ist keine sinnvolle Politik für eine Änderung des Mobilitätsverhaltens. Parkplätze abzuschaffen, ohne vorher vernünftige Alternativen zu schaffen, um sich in der Innenstadt fortbewegen zu können, lehnen wir ab.

Bewohnerparken dort einzuführen, wo es keinen Parkdruck gibt, kritisieren wir als untauglichen Versuch, das Geld der Menschen für das Stadtsäckel einzuheimsen. Gleiches gilt für die rein fiskalisch getriebenen kräftigen Erhöhungen für das Anwohnerparken. Wir lehnen diese Erhöhungen ab.

Unsere Kernforderungen im Bereich Mobilität und städtischer Infrastruktur:

- Mobilitätswende vernünftig gestalten: ÖPNV massiv ausbauen (Netz, Takt, Preis), Rad- und Fußverkehr fördern, Automobilität nicht unterbinden oder erschweren, wo es noch keine Alternativen dazu gibt. Anwohnerparken nur dort einführen, wo der örtliche Parkdruck dies rechtfertigt. Erhöhungen der Gebühren für das Anwohnerparken zurücknehmen.
- Städtische Unternehmen stärken: STAWAG, ASEAG und GEWOGE
- Nachhaltige Versorgung: Sichere, bezahlbare und umweltfreundliche Energie- und Wasserversorgung.

7. Sicherheit und Ordnung: Für ein sicheres Leben in allen Quartieren

Die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger ist ein hohes Gut. Kriminalität, Vandalismus, Vermüllung und Respektlosigkeit im öffentlichen Raum dürfen nicht hingenommen werden. Als Stadt trägt die Verantwortung für die öffentliche Sicherheit und Ordnung.

Das BSW steht für eine Politik, die für Sicherheit und Freiheit gleichermaßen einsteht. Wir setzen auf eine starke Präsenz von Ordnungsamt und Polizei in allen Stadtteilen, insbesondere an bekannten Kriminalitäts- oder Konfliktschwerpunkten. Gleichzeitig ist Prävention der beste Schutz. Wir wollen soziale Ursachen von Kriminalität bekämpfen, den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken und in gute Jugendarbeit investieren.

In Aachen werden wir uns für eine bessere personelle und materielle Ausstattung des Ordnungsdienstes und der Feuerwehr einsetzen. Der städtische Ordnungsdienst muss gut ausgebildet und angemessen ausgestattet sein und bürgernah agieren. Die Feuerwehr (Berufsfeuerwehr und Freiwillige Feuerwehr) muss gemäß dem aktuellen Stand der Technik ausgerüstet sein, um ihre unverzichtbare Arbeit leisten zu können.

Saubere und gepflegte öffentliche Räume tragen maßgeblich zum Sicherheitsempfinden bei. Wir gehen konsequent gegen Vermüllung und Vandalismus vor. Die Beleuchtung von Wegen und Plätzen soll verbessert werden, wo es zur Sicherheit beiträgt. Wir fordern eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Ordnungsamt, Polizei, Sozialarbeit und Bürgerschaft. Präventionsprogramme gegen Gewalt und Kriminalität sollen gestärkt werden.

Auch die Information über die Hintergründe von Kriegsalllasten wie Blindgängern, die in der Stadt gefunden werden, gehört zu einer umfassenden Sicherheitspolitik und schärft das Bewusstsein für die Langzeitfolgen von Kriegen.

Unsere Kernforderungen im Bereich Sicherheit und Ordnung:

- Präsenz zeigen: Stärkung von Ordnungsamt und enge Kooperation mit der Polizei.

- Prävention vor Repression: Soziale Ursachen bekämpfen, Jugendarbeit fördern, Zusammenhalt stärken.
- Starke Feuerwehr: Moderne Ausstattung und gute Bedingungen für Berufs- und Freiwillige Feuerwehr.
- Saubere und sichere Räume: Konsequentes Vorgehen gegen Vermüllung und Vandalismus, bedarfsgerechte Beleuchtung.
- Bürgernaher Ordnungsdienst: Gute Ausbildung und Ausstattung, Fokus auf Service und Deeskalation.
- Transparenz über Kriegslasten: Information der Öffentlichkeit über Funde und Hintergründe von Blindgängern.

8. Kultur und Ehrenamt: Vielfalt fördern, Engagement stärken

Das BSW will die kulturelle Vielfalt unserer Stadt erhalten und fördern. Dazu gehört die Sicherung der Finanzierung der städtischen Kultureinrichtungen, aber auch die gezielte Unterstützung der freien Szene und soziokultureller Zentren. Kultur muss für alle Bürgerinnen und Bürger zugänglich sein, unabhängig von Einkommen oder Herkunft. Kulturelle Bildung für Kinder und Jugendliche ist uns ein besonderes Anliegen.

Wir unterstützen eine lebendige Erinnerungskultur, die an die Schrecken vergangener Kriege mahnt, beispielsweise durch die Gestaltung lokaler Gedenktage und -zeremonien unter Einbindung der Stadtgesellschaft. Das ehrenamtliche Engagement verdient höchste Anerkennung und bestmögliche Unterstützung durch die Stadt. Dabei betonen wir: Das Ehrenamt darf keine regulären Arbeitsplätze ersetzen oder als Sparmaßnahme missbraucht werden.

In Aachen werden wir uns für eine verlässliche Finanzierung der Kulturinstitutionen einsetzen. Wir wollen transparente Förderkriterien für die freie Szene und unbürokratische Unterstützung für kulturelle Initiativen. Der Eintritt in städtische Museen und Bibliotheken sollte niedrighschwellig und idealerweise kostenfrei sein.

Unsere Kernforderungen im Bereich Kultur und Ehrenamt:

- Kulturelle Vielfalt sichern: Städtische Kultureinrichtungen finanzieren, freie Szene fördern. Aachen braucht endlich ein Konzerthaus! In Ordnung?
- Kultur für alle: Niedrighschwelliger Zugang, kulturelle Bildung stärken.
- Klare Grenze: Ehrenamt ersetzt keine bezahlte Arbeit!
- Bibliotheken und Stadtteilzentren: Als Orte der Begegnung und Bildung stärken.
- Erinnerungskultur pflegen: Lokale Gedenktage und -formen unterstützen.

9. Bürgerbeteiligung und Verwaltung: Demokratische Stadt gestalten

Eine große Stadtverwaltung muss effizient, transparent und bürgernah arbeiten. Politische Entscheidungen müssen nachvollziehbar sein, und die Bürgerinnen und Bürger müssen die Möglichkeit haben, sich aktiv in die Gestaltung ihrer Stadt einzubringen – nicht nur am Wahltag. Bezirksvertretungen können dabei eine wichtige Rolle für die Demokratie in den Stadtteilen spielen.

Das BSW will die Bürgerbeteiligung auf allen Ebenen stärken. Wir setzen uns für verbindliche Bürgerentscheide zu wichtigen städtischen Fragen ein. Die Rechte und Ressourcen der Bezirksvertretungen müssen gestärkt werden, um echte Entscheidungsbefugnisse vor Ort zu ermöglichen. Die Stadtverwaltung muss modernisiert und sinnvoll digitalisiert werden, um Dienstleistungen effizienter und zugänglicher zu machen. Dabei muss immer auch der persönliche Kontakt und der Zugang für nicht-digital affine Menschen gewährleistet bleiben.

Wir fordern maximale Transparenz bei politischen Entscheidungen und Verwaltungshandeln. Die Verwaltung muss ihrer Pflicht nachkommen, Bürgerinnen und Bürger, insbesondere Jugendliche und deren Erziehungsberechtigte, rechtzeitig und verständlich über ihr Widerspruchsrecht bei der Datenweitergabe an die Bundeswehr (§ 36 BMG / § 58 c SG) zu informieren. Wir werden darauf bestehen, dass die Information über das Widerspruchsrecht zur Datenweitergabe an die Bundeswehr proaktiv, schriftlich und mit einfachen Widerspruchsmöglichkeiten (online/Post) erfolgt. Die Verwaltung muss in klarer und verständlicher Sprache kommunizieren und auf ideologische Sprachregelungen verzichten.

In Aachen wollen wir die Einführung eines Bürgerhaushalts prüfen und Formate für Bürgerdialoge und -werkstätten ausbauen. Wir setzen uns für eine Stärkung der Bezirksvertretungen ein. Die Digitalisierung der Verwaltung wird vorangetrieben, aber stets mit Fokus auf Nutzerfreundlichkeit und unter Beibehaltung analoger Alternativen. Alle wichtigen Informationen und Dokumente sollen leicht zugänglich online veröffentlicht werden.

Unsere Kernforderungen im Bereich Bürgerbeteiligung und Verwaltung:

- Direkte Demokratie ausbauen: Verbindliche Bürgerentscheide ermöglichen, Bürgerhaushalte prüfen.
- Bezirksvertretungen stärken: Mehr Kompetenzen und Ressourcen.
- Moderne Verwaltung: Effizient, transparent, digital UND persönlich erreichbar.
- Transparenz maximieren: Einfacher Zugang zu Informationen und Sitzungsunterlagen.
- Bürgerrechte wahren: Sicherstellung der proaktiven Information und einfacher Widerspruchsmöglichkeiten bei Datenweitergabe an die Bundeswehr.

10. Das BSW steht für eine Migrations- und Integrationspolitik, die Humanität und Realismus verbindet

Wir erkennen an, dass die Aufnahmekapazitäten unserer Stadt begrenzt sind und eine ungesteuerte Zuwanderung die Systeme überfordern kann. Wir fordern von Bund und Land eine Politik, die dies berücksichtigt und für eine faire Verteilung der Lasten sorgt.

Für die Menschen, die bei uns leben und ein Bleiberecht haben, müssen wir bestmögliche Integrationschancen schaffen. Dazu gehören vor allem der schnelle Zugang zu Sprachkursen, Bildung und Arbeit. Eine menschenwürdige Unterbringung ist selbstverständlich, darf aber nicht zulasten anderer sozialer Aufgaben oder der öffentlichen Infrastruktur gehen.

In Aachen werden wir uns für eine effiziente Koordinierung aller Integrationsaufgaben einsetzen. Die Zusammenarbeit zwischen der Ausländerbehörde der Städteregion, Jobcenter, Sozialamt, Schulen und Kitas muss verbessert werden. Wir fordern ausreichend finanzielle Mittel von Bund und Land für die Unterbringung und Integration.

Wir setzen auf dezentrale Unterbringung statt Massenunterkünfte, soweit dies möglich ist. Programme zur Arbeitsmarktintegration und zur Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse müssen gestärkt werden. Gleichzeitig werden wir die Belastungsgrenzen unserer Stadt klar kommunizieren und auf eine Steuerung der Zuwanderung auf Bundes- und Landesebene drängen. Wir fördern interkulturelle Begegnung und treten Rassismus und Diskriminierung entschieden entgegen.

Unsere Kernforderungen im Bereich Flucht und Integration:

- Realistische Integrationspolitik: Kapazitäten anerkennen, Überforderung vermeiden.
- Faire Finanzierung: Ausreichende Mittel von Bund/Land für Unterbringung und Integration einfordern.
- Integration fördern: Schneller Zugang zu Sprache, Bildung und Arbeit für Menschen mit Bleiberecht.
- Menschenwürdige Unterbringung: Dezentrale Lösungen bevorzugen, keine Zweckentfremdung von Infrastruktur.
- Effiziente Koordination: Zusammenarbeit der zuständigen Ämter und Behörden verbessern.
- Interkulturellen Dialog stärken: Rassismus und Diskriminierung bekämpfen.

11. Frieden und Abrüstung: Kommunale Verantwortung wahrnehmen

Friedenspolitik ist eine der vier zentralen Säulen des BSW. Auch wenn Kommunen oft nur begrenzte direkte außenpolitische Kompetenzen haben, können und müssen sie im Rahmen ihrer Möglichkeiten einen Beitrag zum Frieden leisten.

Das Grundgesetz verpflichtet uns in Art. 1 Abs. 2, die Menschenrechte als Grundlage des Friedens in der Welt zu achten. Diese Verpflichtung gilt auf allen staatlichen Ebenen, auch in unserer Stadt. Während andere auf Aufrüstung setzen, hält das BSW daran fest: Dauerhafter Frieden wird nicht durch immer mehr Waffen geschaffen.

Konkret bedeutet das für Aachen:

- Keine städtische Unterstützung für Aufrüstung und Militarisierung: Wir werden uns im Rat dafür einsetzen, dass die Stadt keine freiwilligen Beiträge zur Militarisierung leistet. Wir lehnen Werbung der Bundeswehr im kommunalen Raum ab und prüfen rechtliche Möglichkeiten, diese einzuschränken (z.B. durch Positivlisten für Werbung).
- Zivile Konfliktlösung und Völkerverständigung fördern: Wir regen an, gezielt kommunale Partnerschaften mit Städten in ehemaligen Konfliktregionen zu prüfen, um den Wert des Friedens durch direkten Austausch erfahrbar zu machen und beim zivilen Wiederaufbau zu helfen. Wir möchten die Städtepartnerschaft Aachen - Kostroma (Russland) wiederbeleben.
- Sichtbare Zeichen für den Frieden setzen: Wir wollen das Bewusstsein für Frieden im öffentlichen Raum stärken. Das kann durch die Benennung von Straßen oder Plätzen nach Friedensaktivisten oder -orten geschehen.

Unsere Kernforderungen im Bereich Frieden und Abrüstung:

- Ablehnung kommunaler Beteiligung an Aufrüstung und Widerstand gegen überzogene militärische Anforderungen.
- Prüfung von Beschränkungen für Bundeswehrwerbung.
- Keine kommunale Förderung von Rüstungsunternehmen: Ausschluss von Förderungen und Berücksichtigung bei Vergaben (siehe Wirtschaft).
- Anregung von Partnerschaften mit Städten in Post-Konflikt-Regionen. Wiederbelebung der Städtepartnerschaft Aachen - Kostroma.
- Bürgerrechte schützen: Aktive Information und einfache Widerspruchsmöglichkeiten bei Datenweitergabe an die Bundeswehr sicherstellen (siehe Bürgerbeteiligung).

Schlusswort: Gemeinsam für unsere Stadt Aachen

Das Bündnis Sahra Wagenknecht steht für Frieden, für Freiheitsrechte, für wirtschaftliche Vernunft und für soziale Gerechtigkeit. Wir wollen eine Stadt, die für alle ihre Bürgerinnen und Bürger lebenswert ist - eine Stadt mit bezahlbarem Wohnraum, guten Arbeitsplätzen, hervorragender Bildung, funktionierender Infrastruktur, sicherer Versorgung, intakter Umwelt und starkem sozialen Zusammenhalt. Wir wollen eine Politik, die hinschaut und zuhört, die Probleme erkennt und benennt und die funktionierende und nachvollziehbare Lösungen findet. Wir setzen auf Vernunft statt Ideologie, auf Gerechtigkeit statt Klientelpolitik und auf Verständigung statt gesellschaftlicher Spaltung. Dieses Programm ist unser Angebot für eine bessere Zukunft unserer Stadt. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten.